Volkswirtschaft Spezial
Streik und Konjunktur: harmlos oder brandgefährlich?
DekaBank
Nr. 4/2015 – 05. Mai 2015 Makro Research

Überblick

Streik und Konjunktur: harmlos oder brandgefährlich?

- Normalerweise bleiben Streiks für die Konjunktur unter der Wahrnehmungsschwelle. Hierfür sind Ausweichmechanismen, Nachholeffekte und die meistens begrenzte Bedeutung von Streiks verantwortlich.

- Der neuerliche, lange Bahnstreik wird allerdings die Produktionstätigkeit zumindest temporär beeinträchtigen, denn effiziente Produktionsketten können durch den Ausfall von Basis-Infrastrukturleistungen gestört werden und flächendeckende Wirkungen entfalten. Sollte der Streik etwa in die Verlängerung gehen, sind Abwärtsrevisionen bei der deutschen Konjunkturprognose für das zweite Quartal im Bereich von einem oder zwei Zehntel Prozentpunkten wahrscheinlich.

- An den Finanzmärkten kann ein solches Streikereignis mit fortlaufender Dauer zu einer vorübergehenden Belastung werden. Solche „schlechte Stimmung" an den Aktienmärkten würde jedoch nur kurz die Börse beeinflussen, da hier die wesentlichen Treiber in der europäischen Konjunkturentwicklung liegen.

- Während die kurzfristigen Folgen gesamtwirtschaftlich wenig durchschlagen, weil Produktionsausfälle in Teilen nachgeholt werden, könnte der Standort Deutschland auf längere Sicht Schaden nehmen, wenn ein stärker konfliktorientierter Kurs der Tarifvertragsparteien Schule machen und das erprobte Konsensmodell unter den Tarifparteien erodieren sollte. Angesichts einer guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und relativ geringer Arbeitslosenzahlen ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch andere Gewerkschaften einen aggressiveren Kurs an den Tag legen, um ihre Mitglieder stärker an dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu beteiligen. Sollte ein verstärkter Wettbewerb von Gewerkschaften zu einer stärker konfliktären Wahrnehmung der Arbeitnehmerrechte führen, könnten dauerhaft stärkere Lohnsteigerungen die Folge sein. Das würde den Konsum in Deutschland für die kommenden Jahre weiter beflügeln. Langfristig würde sich jedoch die Standortqualität Deutschlands verschlechtern.

.

Autor

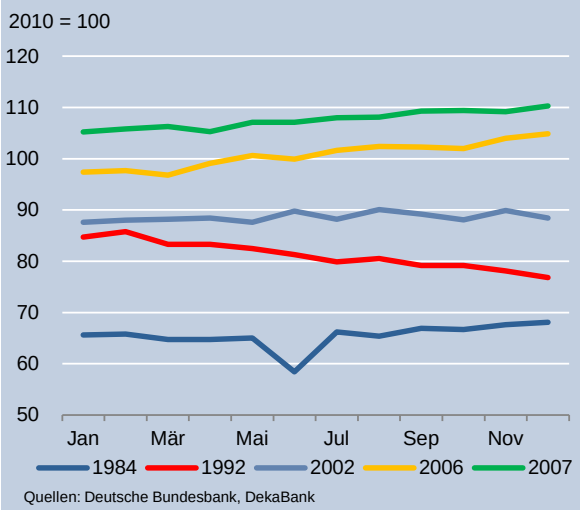
Dr. Ulrich Kater
Tel.: (069) 71 47 -23 81
Ulrich.Kater@deka.de

Dr. Andreas Scheuerle
Tel.: (069) 71 47 – 27 36
Andreas.Scheuerle@deka.de

Streikfolgen: normalerweise beherrschbar, …

Normalerweise beeinflussen Streiks die Wirtschaftsleistung einer gesamten Volkswirtschaft weniger als man „mit gesundem Menschenverstand" annehmen würde. Während die Medien voller Schlagzeilen über Chaos an Flughäfen und Bahnhöfen oder über leere Fabrikhallen sind, während viele Menschen über teils dramatische Beeinträchtigungen ihres Alltagslebens berichten, bleiben die Wirtschaftsstatistiker regelmäßig äußerst gelassen. In der Vergangenheit wurde die Konjunktur in der Regel nicht beeinträchtigt, die Wirkungen von Streiks gingen in den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung meistens unter. Von den größeren Streiks der letzten 50 Jahre (Tab.1) hat nur ein einziger die gesamtwirtschaftlichen Produktionswerte erreicht: Das war der zwölfwöchige Ausstand der Metallarbeiter und der Drucker im Kampf um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984. Damals brach die Produktion in der westdeutschen Wirtschaft für einen Monat um etwa 10 Prozent ein (Abb. 1). Mit einem Volumen von fast 3 Millionen Streiktagen und noch einmal mehr als 3,5 Millionen verlorener Arbeitstage durch Aussperrungen war das Jahr 1984 das bei weitem streikreichste der letzten Jahrzehnte. Aber selbst in diesem Jahr wuchs die deutsche Volkswirtschaft am Ende doch noch um 2,8 Prozent. Weitere größere Streikereignisse der letzten Jahrzehnte (etwa 1992: öffentlicher Dienst, 2002: Metall, 2007: Lokführer) blieben unter der Wahrnehmungsschwelle der Industrieproduktion in Deutschland.

Abb. 1: Industrieproduktion in Streikjahren



Quellen: Deutsche Bundesbank, DekaBank

Disclaimer: Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht, noch ersetzen sie eine (Rechts- und / oder Steuer) Beratung; auch die Übersendung dieser stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen (teilweise) aus von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die Darstellungen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.

Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse / Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse / Preise.

Tab.1 Größere Streiks in Deutschland

	Branche	Dauer	Beteiligte	Grund
1956 / 57	Metallindustrie	16 Wochen	34.068 Beschäftigte	Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
1984	Metallindustrie	7 Wochen	57.500 Beschäftigte (Streik), 155.000 Beschäftigte (Aussperrung)	35-Stunden-Woche
	Druckindustrie	12 Wochen	46.000 Beschäftigte	35-Stunden-Woche
1971	Metallindustrie	3 Wochen	112.390 Beschäftigte (Streik), 126.675 Beschäftigte (Aussperrung)	Lohn- und Gehaltserhöhung
	Chemische Industrie	4 Wochen	31.000 Beschäftigte (Streik), 55.000	Lohn- und Gehaltserhöhung
1978	Metallindustrie	3 Wochen	85.000 Beschäftigte (Streik), 177.000 Beschäftigte (Aussperrung)	Lohnerhöhung/Abgruppierungsschutz
	Stahlindustrie	6 Wochen	60.000 Beschäftigte (Streik), 40.000 Beschäftigte (Aussperrung)	35-Stunden-Woche
	Druckindustrie	3 Wochen	19.000 Beschäftigte (Streik), 55.000	Rationalisierungsschutz bei neuer Satztechnik
1992	Öffentlicher Dienst, Bahn, Post	11 Tage	400.000 Beschäftigte	Einkommenserhöhungen
2006	Öffentlicher Dienst, Kommunen (Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg)	16 Tage, 4,5 bzw. 9 Wochen	k.A.	Arbeitszeitverlängerung (Arbeitgeberforderung)
	Ärzte/innen Unikliniken, Landeskrankenhäuser Marburger Bund	13 Wochen	bis zu 14.000	eigenständiger Tarifvertrag
	Ärzte/innen Kommunale Krankenhäuser Marburger Bund	8 Wochen	bis zu 17.500	eigenständiger Tarifvertrag

Die **Gründe für die geringen Fußabdrücke von Streiks** in der gesamtwirtschaftlichen Aktivität sind vielfältig.

- Zum einen werden ausgefallene Produktionsleistungen nachgeholt. Der Produktionsprozess wird nur vorübergehend ausgesetzt, und kommt es zu keinen Auftragsstornierungen, werden die Bestellungen zeitverzögert und teilweise auch in Sonderschichten bearbeitet. Zwar fallen für einzelne Unternehmen Kosten an in Form von Einnahmeausfällen oder Mehrkosten (im aktuellen Streik zunächst insbesondere für die Deutsche Bahn, mit zunehmender Dauer aber auch für Produktionsunternehmen, die auf Lieferungen mit der Bahn angewiesen sind). Diesen stehen jedoch auch Mehreinnahmen bei anderen Unternehmen gegenüber, die als Ersatzlösung einspringen.

- Im Dienstleistungsbereich sind die Wirkungen unterschiedlich. Manche Dienstleistungen wie Personentransporte durch die Bahn oder Fluggesellschaften fallen aus und Tickets werden zurückerstattet. Die bestreikten Transportdienstleister bekommen die Folgen in Form von Gewinnrückgängen zu spüren. Auf der anderen Seite profitieren Firmen, die Ausweich-Leistungen bereitstellen wie etwa die Fernbusunternehmen. Andere Dienstleistungen können durch Nutzung moderner Kommunikationstechnologien mit gewissen Einschränkungen auch weiter erbracht werden.

- Für die Menschen wird der Weg zur Arbeitsstätte zwar unnötig beschwerlich, aber sie werden der Arbeit nicht fernbleiben können, denn niemand ist bereit, den Jahresurlaub spontan auf die Streikwochen zu verlegen: Die Nutzung von Bussen, eigenen Fahrzeugen oder von Homeoffice-Infrastrukturen hilft die Streikfolgen abzumildern. Dabei sollte auch der Konsum sollte nicht allzu sehr beeinträchtigt werden, denn wer nicht zum Shoppen in die Stadt kommt, bestellt einmal mehr über das Internet.

- Schließlich müssen die bestreikten Bereiche in Relation zur Gesamtwirtschaft gesetzt werden. So war etwa das Jahr 2013 mit etwa 150.000 Streiktagen ein normales Streikjahr in Deutschland. Im Vergleich zu etwa 7,8 Mrd. Arbeitstagen aller Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2013 betrug der unmittelbare Ausfall an Arbeitstagen gerade einmal 0,002 Prozent. Im Jahr des letzten Lokführerstreiks 2007 lag diese streikbedingte Ausfallrate bei 0,004 Prozent (Tab. 2). Selbst das große Streikjahr 1984 brachte es „nur" auf einen Ausfall von 0,13 Prozent. So enervierend Streiks in der unmittelbaren

Erfahrung sein können: In Deutschland waren sie bisher vor allem punktuell und von ihrer sektoralen Ausdehnung her begrenzt. Die Wirtschaft ging weiter.

Tab. 2: Arbeitstageeffekte durch Streiks

Größere Streikjahre in Deutschland

Jahr	Durch Streiks[1] verlorene Arbeitstage		Nachrichtlich: Arbeitstage Gesamtwirtschaft[3]
	Anzahl	%[2]	
1984	6 486 617	0,129	5 026 736 000
1990	363 547	0,006	5 679 232 000
1992	154 532	0,002	7 222 100 302
1993	593 045	0,008	7 121 090 840
2002	310 149	0,004	7 394 970 337
2006	428 739	0,006	7 404 978 723
2007	286 368	0,004	7 523 245 554

1) Einschließlich Aussperrungen. - 2) In % der effektiven Arbeitstage der beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft. - 3) Kalendertage abzüglich Wochenenden und Feiertage, Urlaubstage und Krankheitstage multipliziert mit der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Eine Differenzierung nach Voll- und Teilzeitarbeit wurde nicht durchgeführt.
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, IAB, DekaBank

…aber unter bestimmten Bedingungen schwerwiegend

Ob die geringen Konjunkturwirkungen im aktuellen Streikgeschehen genauso gilt, muss allerdings erst noch abgewartet werden. Bei der Bahn geht es nicht um einen spezifischen Produktionssektor, sondern um das Infrastrukturgut Verkehr. Damit werden relativ schnell weitere Bereiche der Volkswirtschaft beeinträchtigt. Hierbei spielt ein Umstand eine Rolle, den sich auch andere Gewerkschaften bei ihrer Streiktaktik bereits zunutze gemacht haben, nämlich die in den letzten Jahren immer weiter gesteigerte Effizienz der Produktionsketten in der deutschen Industrie.

Mittels eines Hebels können große Lasten mit wenig Kraft bewegt werden. Aufgrund der Just-In-Time-Fertigung der Unternehmen, die durch eine geringstmögliche Lagerhaltung und eine zeitnahe Zulieferung gekennzeichnet ist, kann es Gewerkschaften gelingen, etwa durch Bestreikung weniger Zulieferer ganze Branchen in kürzester Zeit zum Stillstand zu bringen. Das konnte man an den jüngeren Auseinandersetzungen im Bereich der Metall- und Elektroindustrie bereits erkennen, wo nur einzelne Zulieferbetriebe bestreikt zu werden brauchten, um ein hohes Drohpotenzial aufzubauen. Die gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen blieben bislang nur deswegen begrenzt, weil solche Strategien in der Vergangenheit nur punktuell und nicht bis zum flächendeckenden Stopp der Produktion eingesetzt worden sind. Hier haben Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Vergangenheit großes Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Der jüngste Streik der GDL ist ebenfalls ein Beispiel für dieses Hebelgesetz: Durch die Bestreikung des Güterverkehrs kann sehr schnell der Produktionsprozess in wichtigen Industriebranchen unterbrochen werden – Branchen, die im Übrigen mit dem Arbeitskampf nichts zu tun haben. Der Streik des Schienengüterverkehrs ist sogar länger angesetzt als im Personenverkehr.

Der neuerliche, lange Bahnstreik wird die Produktionstätigkeit zumindest temporär beeinträchtigen, denn effiziente Produktionsketten können durch den Ausfall von Basis-Infrastrukturleistungen gestört werden und flächendeckende Wirkungen entfalten. Sollte der Streik etwa in die Verlängerung gehen, sind Abwärtsrevisionen bei der deutschen Konjunkturprognose für das zweite Quartal im Bereich von einem oder zwei Zehntel Prozentpunkten wahrscheinlich.

An den Finanzmärkten kann ein solches Streikereignis mit fortlaufender Dauer zu einer vorübergehenden Belastung werden. Solche „schlechte Stimmung" an den Aktienmärkten würde jedoch nur kurz die Börse beeinflussen, da hier die wesentlichen Treiber in der europäischen Konjunkturentwicklung liegen.

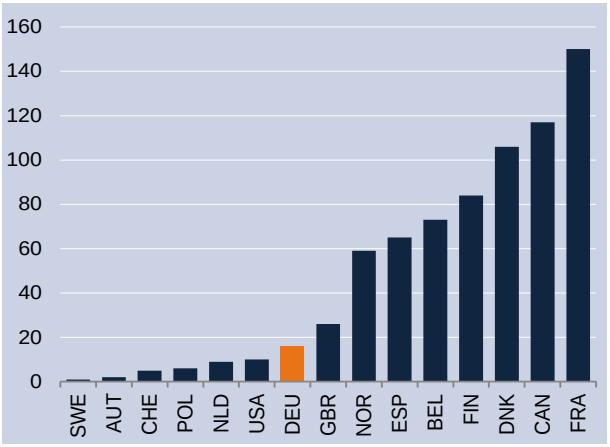
Mittelfristige Veränderung der Streikkultur in Deutschland?

Ob der aktuellen Tarifkonflikt der GDL – wie auch die anderer Spartengewerkschaften – die Streikkultur in Deutschland auf mittlere Sicht beschädigt, hängt auch von der Dauer und dem weiteren Ausmaß des laufenden Tarifkonflikts ab, dessen Eskalationsstufen derzeit noch nicht vorhersehbar sind. Es zeichnet sich jedoch ab, dass das Verhalten der GDL von der bisherigen Kultur der Tarifauseinandersetzungen abweicht, etwa auch durch die wiederholte Rückweisung einer Schlichtung. Hier schlägt sich der neue Wettbewerb zwischen den Gewerkschaften seit Aussetzen der Tarifeinheit durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2010 negativ nieder. Dies ist insbesondere daran abzulesen, dass im ak-

tuellen Tarifkonflikt gar nicht einmal die materiellen Forderungen im Mittelpunkt stehen, sondern mindestens ebenso stark der künftige Vertretungsanspruch der GDL. Auch wenn man das Verhalten der GDL kritisch beurteilt, muss man feststellen, dass sich die Spartengewerkschaft bei ihren Aktionen innerhalb des gegenwärtigen politischen Rahmens für die Tarifvertragsparteien bewegt. **Es ist damit letztlich auch ein Versäumnis der Politik, nicht rechtzeitig auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts reagiert zu haben.**

Über die unmittelbaren konjunkturellen Auswirkungen dieses Streiks hinaus schauen internationale Investoren auch auf die mittelfristigen Entwicklungen. Wenn eine Entwicklung der aggressiveren Wahrnehmung gewerkschaftlicher Rechte Schule machen sollte, würde sich der positive Blick auf Deutschland eintrüben. Zusammen mit anderen Fehlentwicklungen würde im Extremfall Deutschland ein Stück in die Richtung französischer Verhältnisse positioniert werden, dem Spitzenreiter in der internationalen Streikstatistik (Abb. 2). **Das würde einen wichtigen deutschen Standortvorteil beeinträchtigen**, nämlich eine **Streikkultur**, die versucht, Konflikte schnell, pragmatisch und am Ende in möglichst großem Konsens zu lösen. Gegenwärtig punktet Deutschland im internationalen Vergleich mit sehr wenigen aufgrund von Streiks ausgefallenen Arbeitstagen je Beschäftigten, und das obwohl die Gewerkschaftsdichte deutlich höher als in Frankreich ist, dem Land mit der höchsten Anzahl ausgefallener Arbeitstage. Angesichts einer guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und relativ geringer Arbeitslosenzahlen ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch andere Gewerkschaften einen aggressiveren Kurs an den Tag legen, um ihre Mitglieder stärker an dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu beteiligen.

Abb. 2: Ausgefallene Arbeitstage 2005-2012 (jährlich je 1000 Beschäftigte)



Quelle: WSI

Um den Frieden in einem Unternehmen zu gewährleisten, muss die Lohnstruktur stimmen. Die Bevorzugung einzelner Personen oder Gruppen weckt Neid und Missgunst. So könnten üppige Nischenabschlüsse wie bei der Bahn, den Piloten oder den Ärzten Hoffnungen und Ansprüche bei anderen Arbeitnehmern auf ein höheres Lohnwachstum wecken. Wenn das alles im Endergebnis zu **überzogenen Tariflohnabschlüssen** führen würde, blieben letztlich die Arbeitnehmer und der Standort Deutschland auf der Strecke: Denn in einem solchem Umfeld können für die Unternehmen Arbeitsplätze in Deutschland schnell auch wieder an Attraktivität verlieren, zumal ohnehin ein Trend zur Produktion vor Ort in den Abnehmerländern zu erkennen ist.

Dabei spricht gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland nichts gegen üppigere Abschlüsse, solange es sich um eine Art Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer handelt. Ob die Regel, dass die Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung zuzüglich einer Inflationskomponente gekoppelt wird, weiter gültig bleibt, liegt in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien. Nur diese sichert die Arbeitsplätze in Deutschland.